

original.antiwar.com

15.02.2023

original.antiwar.com

Erste nationale Kundgebung gegen den Ukraine-Krieg und das drohende Armageddon: Feb.19 - Antiwar.com Original

John V. Walsh

7-8 Minuten

Wir in den Vereinigten Staaten stehen am Rande eines Krieges mit einer großen Atommacht, Russland. Wenn das kein akuter Notstand ist, keine akute existenzielle Bedrohung, was dann? Diese Situation hält nun schon seit einem Jahr an, ohne dass es einen nationalen Protest gegeben hätte, um das Abgleiten in das Armageddon zu stoppen.

In Anbetracht des nahen nuklearen Armageddon ist die Reaktion, die die Vernunft gebietet, nun zum ersten Mal eingetreten. Am 19. Februar wird in Washington DC eine Demonstration gegen den Krieg, RageAgainstWar, stattfinden, mit Schwesterkundgebungen in Städten, die weit von DC entfernt sind, wie San Francisco, Los Angeles, Seattle, Minneapolis, Ann Arbor und anderen.

Die Organisation und Zusammensetzung der Demonstration stellt jedoch eine radikale Abkehr von den Friedensbewegungen der letzten 40 Jahre dar. Der organisatorische Rahmen für den 19. Februar hat die Grenzen des herkömmlichen politischen Diskurses gesprengt. Die Bemühungen werden von einer breiten Koalition von Kräften von "links" bis "rechts" angeführt. Die Peoples Party, eine neue progressive Partei, die aus der Unzufriedenheit mit den Kampagnen von Bernie Sanders und den nicht eingehaltenen Versprechen entstanden ist, und die Libertarian Party haben die Führung übernommen, vertreten durch Nick Brana bzw. Angela McCardle.

Hier ein kurzes Interview mit McCardle und Brana, geführt von David Swanson von World Beyond War, der selbst einer der Hauptredner auf der Kundgebung war. Es zeigt zwei kompetente und inspirierende Führungspersönlichkeiten, die eine eloquente und klare Darstellung der Veranstaltung liefern. Eine vollständige Liste der Redner auf der Kundgebung mit ihren Biografien finden Sie hier, darunter Jill Stein, Tulsi Gabbard, Ron Paul, Dennis Kucinich, Cynthia McKinney, Dan McKnight, Garland Nixon, Daniel McAdams, Chris Hedges und viele andere.

Die Hauptforderung der Demonstration ist einfach, geradlinig und unmissverständlich: "Keinen einzigen Penny mehr für den Krieg in der Ukraine". Sie fasst zusammen, was die politisch unterschiedlichen Kräfte, die sich zu dieser Veranstaltung zusammengefunden haben, eint. Und sie lenkt die Aufmerksamkeit dieses amerikanischen Protests auf unsere eigene Regierung, die einzige, auf die wir in der realen Welt hoffen können, Einfluss zu nehmen.

Darüber hinaus erkennt die Hauptforderung der Veranstaltung an, dass die USA bei diesem Ereignis nicht einfach nur Zuschauer sind. Der Krieg in der Ukraine ist unser Krieg, ein Krieg, der von dem von Neokonservativen dominierten außenpolitischen Establishment angezettelt wurde. Es ist ein Stellvertreterkrieg, der von den USA geführt wird, die die Ukrainer auf grausame und zynische Weise als Kanonenfutter benutzen. Sein Ziel ist es, wie der ahnungslose Verteidigungsminister Lloyd Austin einräumte, Russland zu "schwächen". In den Worten der zweiten Forderung der Kundgebung, "Frieden verhandeln", heißt es

"Die USA haben den Krieg mit einem Putsch gegen die demokratisch gewählte Regierung im Jahr 2014 angezettelt und dann ein Friedensabkommen zwischen Russland und der Ukraine im März 2022 sabotiert. Setzen Sie sich für einen sofortigen Waffenstillstand und Diplomatie zur Beendigung des Krieges ein."

Eine kurze und vollständige Geschichte der Entstehung dieses Krieges findet sich in Büchern im Pamphletformat hier und hier, beginnend mit der Erweiterung der NATO und dem von den USA unterstützten Putsch 2014. Tatsächlich geht der Beginn des US-Angriffs auf Russland diesen Ereignissen voraus und reicht bis in die 1990er Jahre mit der von den USA herbeigeführten russischen Weltwirtschaftskrise zurück, die schlimmer war als unsere eigene in den 1930er Jahren.

Für die Öffentlichkeit gibt es auch materielle Gründe, den Krieg abzulehnen. Der Krieg selbst und die Rückwirkungen der US-Sanktionen schaden der US-Bevölkerung und drohen, die Inflation zu verschlimmern, eine Rezession auszulösen oder sogar beides, die gefürchtete Stagflation. Die dritte Forderung des Protests, "Stoppt die Kriegsinflation", macht dies deutlich und lautet:

"Dieser Krieg beschleunigt die Inflation und erhöht die Preise für Lebensmittel, Benzin und Energie. (Jeder, der in letzter Zeit getankt oder im Supermarkt eingekauft hat, weiß das sehr wohl. Jw) Die USA haben die russischen Gaspipelines nach Europa in die Luft gesprengt, so dass sie keine Energie mehr haben und ihre Länder deindustrialisiert werden. Beendet den Krieg und hört auf, die Preise zu erhöhen."

Alle zehn Forderungen können hier nachgelesen werden.

Angesichts all dieser Fakten ist es nicht verwunderlich, dass die US-Öffentlichkeit dem Krieg zunehmend skeptisch gegenübersteht. Der Boden ist fruchtbar für eine Bewegung, die uns aus dieser Bedrohung herausholt. Umfragen hier und hier zeigen, dass die Unterstützung für Waffen und Hilfe für die Ukraine zwar immer noch eine Mehrheitsmeinung ist, aber immer mehr abnimmt. Interessanterweise, und das sollte näher untersucht werden, vertreten in diesen Umfragen eher die Demokraten als die Republikaner oder die Unabhängigen die kämpferischsten Meinungen, was mit der Politik und den Aktionen der Demokratischen Partei übereinstimmt.

So überrascht es nicht, dass die jüngste Gesetzgebung zur Beendigung der Finanzierung des Stellvertreterkriegs in der Ukraine von der republikanischen Seite kommt, in Form der Resolution "Ukraine Fatigue", die von dem Republikaner Matt Gaetz im Repräsentantenhaus eingebracht wurde und von allen zehn GOP-Mitgliedern mitgetragen wird. Hier ist ein Teil dessen, was Responsible Statecraft über diesen Gesetzentwurf zu sagen hat:

"In der Resolution heißt es, dass 'die Vereinigten Staaten ihre militärische und finanzielle Hilfe für die Ukraine einstellen müssen und alle Kombattanten auffordern, ein Friedensabkommen zu schließen.

"Präsident Joe Biden hat wohl seine Vorhersage vom März 2022 vergessen, wonach die Bewaffnung der Ukraine den Konflikt zu einem 'Dritten Weltkrieg' eskalieren wird. Amerika befindet sich in einem Zustand des kontrollierten Niedergangs, der sich noch verschlimmern wird, wenn wir weiterhin Steuergelder für einen ausländischen Krieg verpulvern. Wir müssen alle ausländischen Hilfen für den Krieg in der Ukraine aussetzen und von allen Beteiligten in diesem Konflikt verlangen, dass sie sofort ein Friedensabkommen schließen", so Gaetz in einer Erklärung.

In der Resolution heißt es, dass die Vereinigten Staaten im Vergleich zu ihren Partnern der größte Geber von Militärhilfe für die Ukraine sind und mehr als 110 Milliarden Dollar an humanitärer, finanzieller und militärischer Hilfe zur Verfügung gestellt haben.

"Anfang dieser Woche kritisierte Gaetz Präsident Joe Biden und eine "überparteiliche Koalition" im Kongress dafür, dass sie die USA in einen Krieg hineingezogen haben, der die Steuerzahler kostet und nicht den amerikanischen Interessen dient.

Vielleicht ist die Zeit reif, dass sich die beiden großen Parteien einen erbitterten Kampf um die Friedensstimme liefern. Wäre das nicht schön? Eine relativ kleine und entschlossene Minderheit kann Wahlen entscheiden.

Es ist klar, dass die US-Regierung für die Auslösung dieses Krieges verantwortlich ist. Die Unterstützung und die Waffen der USA und der von ihr abhängigen NATO-Staaten machen diesen Stellvertreterkrieg möglich. Ohne diese Unterstützung wird das Abschlachten von Ukrainern und Russen nicht weitergehen. Die US-Regierung kann diesen potenziell omnizidalen Krieg stoppen, und die Amerikaner können die US-Regierung bewegen. Es ist unser Recht und unsere Verantwortung, dies zu tun.

John V. Walsh, bis vor kurzem Professor für Physiologie und Neurowissenschaften an der University of Massachusetts Chan Medical School, hat für den San Francisco Chronicle, EastBayTimes/San Jose Mercury News, Asia Times, LA Progressive, Antiwar.com, CounterPunch, Consortium News, Scheerpost und andere über Themen des Friedens und der

Gesundheitsversorgung geschrieben.

(Hinweis: Weiter führende Links finden sich nur im engl. Originaltext, StB.)

+++

First National Rally Against Ukraine War, Threat of Armageddon: Feb.19 - Antiwar.com Original

John V. Walsh

7–8 Minuten

We in the United States are on the brink of war with a major nuclear power, Russia. If that is not a dire emergency, an acute existential threat, what is? This situation has persisted for a year now without a national protest to stop the slide to Armageddon.

Given the proximity of nuclear Armageddon, the reaction that sanity dictates has now materialized for the first time. On February 19 in Washington DC, a demonstration against the war, [RageAgainstWar](#), will take place, with [sister rallies](#) occurring in cities distant from DC, like [San Francisco](#), [Los Angeles](#), [Seattle](#), [Minneapolis](#), [Ann Arbor](#), and [others](#).

But its organization and composition represent a radical departure from the peace movements of the last 40 years. The organizational framework for Feb. 19 has leapt the bounds of conventional political discourse. The effort is being led by a broad coalition of forces from "left" to "right." The [Peoples Party](#), a new progressive Party growing out of dissatisfaction with the Bernie Sanders campaigns and forfeited promises, and the Libertarian Party have taken the lead, represented by Nick Brana and Angela McCardle, respectively.

Here is a brief [interview](#) with McCardle and Brana conducted by David Swanson of World Beyond War, himself one of the featured speakers at the rally. It reveals two competent and inspiring leaders who provide an eloquent and clear exposition of the event. A full list of the speakers at the rally with their bios is found [here](#) and includes Jill Stein, Tulsi Gabbard, Ron Paul, Dennis Kucinich, Cynthia McKinney, Dan McKnight, Garland Nixon, Daniel McAdams, Chris Hedges and many others.

The *lead demand* of the demonstration is simple, straightforward and unequivocal: "**Not one more penny for war in Ukraine.**" It summarizes the point of unity among the politically diverse forces that are brought together for

this event. And it directs the attention of this American protest to our own government, the only one which we can hope to influence in the real world.

Furthermore, the lead demand of the event recognizes that the US is not simply a bystander in this event. The war in Ukraine is *our* war, a war ginned up by the neocon-dominated foreign policy Establishment. It is a proxy war waged by the US, cruelly and cynically using Ukrainians as cannon fodder. Its purpose, as the clueless Secretary of Defense Lloyd Austin acknowledged, is to "weaken" Russia. In the words of the *second demand* of the rally, "**Negotiate Peace,**"

"The US instigated the war with a coup on its democratically-elected government in 2014, and then sabotaged a peace deal between Russia and Ukraine in March, 2022. Pursue an immediate ceasefire and diplomacy to end the war."

A brief and complete history of the genesis of this war can be found in pamphlet sized books [here](#) and [here](#), beginning with the expansion of NATO and the US-backed 2014 coup. In fact the beginning of the US assault on Russia antedates those events going all the way back to the 1990s with the [US-engineered Russian Great Depression](#), worse than our own in the 1930s.

There is also material reason for the public to oppose the war. The war itself and blowback from US sanctions are hurting the US population and threaten to worsen inflation, trigger recession or even both, the dread stagflation. The *third demand* of the protest, "**Stop the War Inflation**" makes this clear and it reads:

"This war is accelerating inflation and increasing food, gas and energy prices. (Anyone who fills a gas tank or shopped at a supermarket recently knows that full well. Jw) The US blew up Russian gas pipelines to Europe, starving them of energy and deindustrializing their countries. End the war and stop increasing prices."

All ten demands can be found [here](#).

Given all these facts it is not surprising that the US public is growing increasingly skeptical of the war. The ground is fertile for a movement to get us out from under this threat. Polling [here](#) and [here](#) now shows that support for arms and aid to Ukraine, while still a majority opinion, is falling. Interestingly and worthy of more exploration, Democrats rather than Republicans or Independents hold the most hawkish opinions in these polls and this is coincident with the policies and actions of the [Democratic Party](#).

So it comes as no surprise that recent legislation to end the funding for the Ukraine Proxy War comes from the Republican side of the aisle in the form of

"Ukraine Fatigue" Resolution introduced in the House by Republican Matt Gaetz with all ten co-sponsors GOP members. In part here is what [Responsible Statecraft](#) has to say about this bill:

"The resolution states that 'the United States must end its military and financial aid to Ukraine, and urges all combatants to reach a peace agreement.'

"'President Joe Biden must have forgotten his prediction from March 2022, suggesting that arming Ukraine with military equipment will escalate the conflict to 'World War III.' America is in a state of managed decline, and it will exacerbate if we continue to hemorrhage taxpayer dollars toward a foreign war. We must suspend all foreign aid for the War in Ukraine and demand that all combatants in this conflict reach a peace agreement immediately,' Gaetz [said](#) in a statement."

As the resolution notes, the United States has been "top contributor of military aid to Ukraine compared to its counterparts," having appropriated more than \$110 billion in humanitarian, financial, and military aid.

"Earlier this week, Gaetz [criticized](#) President Joe Biden and a "bipartisan coalition" in Congress for dragging the U.S. into a war that was costing taxpayers and not advancing American interests."

Perhaps the time is ripe for the two major parties to engage in an all-out tussle for the peace vote. Wouldn't that be nice. A relatively small and determined minority can decide elections.

It is clear that the US government has responsibility for ginning up this war. US support and weapons and those of its NATO dependencies make the proxy war possible. Without that support the slaughter of Ukrainians and Russians will not continue. The US government can stop this potentially omnicidal war, and Americans can move the US government. It is our right and responsibility to do so.

John V. Walsh, until recently a Professor of Physiology and Neuroscience at the University of Massachusetts Chan Medical School, has written on issues of peace and health care for the San Francisco Chronicle, EastBayTimes/San Jose Mercury News, Asia Times, LA Progressive, Antiwar.com, CounterPunch, Consortium News, Scheerpost and others.